

## BT - Twanntunnel: alles noch offen

Bieler Tagblatt vom 15.1.2015

# Twanntunnel: alles noch offen

Drei Monate sind seit Einreichung der zwei Beschwerden gegen das Projekt für den Twanntunnel vergangen. Von einem Entscheid ist das Bundesverwaltungsgericht zeitlich aber noch weit entfernt.



*Der Twanntunnel ist kein eigener Tunnel, sondern die Verlängerung des Ligerztunnels um 1,8 Kilometer bis Twann.  
copyright: patrick weyeneth/a*

(bk) Vor drei Monaten haben die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) und der Berner Heimatschutz je eine Beschwerde gegen das Projekt für den Twanntunnel eingereicht (das BT berichtete). Einen Entscheid gefällt hat das Bundesverwaltungsgericht aber noch nicht. «Bis dahin dürfte es noch einige Monate dauern», sagt SL-Geschäftsführer Raimund Rodewald. Auch Verena Santschi vom Berner Heimatschutz meint, dass es «wohl noch eine Weile dauern» werde, bis der Entscheid falle. «Zur Zeit sind alle Parteien aufgefordert, ihre Stellungnahmen dem Gericht einzureichen.»

Ivo Bähni, stellvertretender Kommunikationsverantwortlicher des

Bundesverwaltungsgerichts in St. Gallen, sagt, man sei «in der Instruktionsphase». Derzeit finde wie in solchen Fällen üblich ein Schriftenwechsel statt. Dabei bekämen alle involvierten Parteien, also auch das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) auf der Gegenseite, «Gelegenheit, sich zur Beschwerde zu äussern». Eine Prognose, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei, will Bänni nicht machen, denn die Dauer von Beschwerdeverfahren sei verschieden. Das Bundesverwaltungsgericht ist kaum je Beschwerdeinstanz in der Region, doch beim Twanntunnel handelt es sich eben um ein Projekt des Bundes.

Der Twanntunnel ist nicht eigentlich ein neuer Tunnel, sondern die Verlängerung des Ligerztunnels um rund 1,8 Kilometer in Richtung Biel, wodurch auch Twann vom Autoverkehr befreit würde. 2010 hatten SL und Berner Heimatschutz schon einmal gegen das Projekt Einsprache erhoben. Damals hatte ihnen das Bundesverwaltungsgericht Recht gegeben und das Uvek aufgefordert, eine «landschaftsschonendere Lösung mit Absenkung der N5» auszuarbeiten. Aus Kostengründen hat das Departement im letzten Herbst dann aber noch einmal die gleiche Variante als Projekt vorgelegt.

